



Stortelrührer Abonnementsb. in Breslau 5 Mark, Koehen-Abn. 60 Pf., außerb. 70 Pf. ...

Expeditio: Herrenstr. Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten ...

Nr. 276. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 16. Juni 1876.

Deutschland.

Berlin, 15. Juni. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat dem Hofdirector Schmitt zu Münster i. W. den Rothen Adler-Orden ...

Se. Majestät der Kaiser haben auf Grund des § 26 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 für die Dauer der Abwesenheit des Reichskanzlers ...

Se. Majestät der Kaiser und König haben den bisherigen Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs- und Director im Reichskanzleramt ...

Der bisherige Gymnasiallehrer und commissarische Kreis-Schulinspector Dr. Georg Klügel in Wiedenbrück ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Minden ...

Der königliche Eisenbahn- und Betriebsinspector Karl Ludwig Lange zu Hannover ist nach B.-ankfurt a. M. versetzt und sind demselben die Functionen als Vorsteher des technischen Bureau der königlichen Eisenbahndirection ...

Berlin, 15. Juni. [Der Bundesrath] hielt gestern die 17. Plenarsitzung. Den Vorsitz führte der Präsident des Reichskanzler-Amtes Hofmann.

[Das Staatsministerium] trat heute Mittag 1 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Der Staatssecretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister von Bülow, hat den von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige ihm bewilligten Urlaub nach Marienbad heute angetreten.

Berlin, 15. Juni. [Die Insel Helgoland. — Das Staatsministerium.] Die Abzugs-Atteste. — Der Provinzialrath.

In Betreff der Angelegenheit von Helgoland dürfen die verschiedenen Dementis, welche die Nachricht von einer Abtretung der Insel an Deutschland als lediglich erfunden darstellen, jedenfalls zu weit gehen. Daß die Sache amtlich in Anregung gebracht ist, wird glaubwürdig bestätigt; doch scheint die Angelegenheit noch keineswegs zum Abschluß geführt zu sein.

Die Angelegenheit des deutschen Schiffes „Anna“ wird, wie unter dem 3. Mai aus China gemeldet wird, wahrscheinlich auf friedlichem Wege geschlichtet werden. Die chinesische Regierung hat zwei der drei Forderungen des deutschen Gesandten zugestanden.

und der Regierungsrath Neuhaus zu Potsdam, für Pommern der Regierungsrath Friedrichs und der Regierungs-Assessor von Podewils zu Stettin, für Schlesien der Regierungsrath von Wilmowski und der Regierungsrath von Zastrow zu Breslau, für Sachsen der Regierungs-Assessor von Senft-Wilsch und der Regierungs-Assessor Perius zu Magdeburg.

Berlin, 15. Juni. [Die Insel Helgoland. — Vermehrung der Reichseinkünfte. — Aus dem Herrenhause.] Den kürzlich erwähnten Angaben über Gerüchte, betreffend eine Vereinigung der Insel Helgoland mit Deutschland sind Dementis entgegenzusetzen worden, denen keine tatsächliche Bedeutung beizulegen ist.

„I. Vorauf stützt die Schulverwaltung die Berechtigung, bestehende evangelische und katholische, ja sogar christliche und jüdische Elementar-Schulen zu sogenannten Simultan-Schulen zu verbinden? II. Entgegen der Schulverwaltung die schwer wiegenden Bedenken, welche ein solches Verfahren selbst in pädagogischer, didaktischer und politischer Hinsicht hat?“

Die Städteordnungs-Commission des Herrenhauses tritt heute Abend nochmals zusammen. Das Mitglied derselben, Herr v. Voß, hat nachträglich zu den Commissionsbeschlüssen eine stichtliche Reihe von Amendements eingebracht, über die man sich noch schlüssig machen will.

Ueber die Reise-Dispositionen des Kaisers Alexander wird dem „Wiener Fr.-Bl.“ Folgendes mitgetheilt: Kaiser Alexander wird sich, wie alljährlich, von Gms zu seinem heffischen Verwandten nach Helligenberg bei Ziegenheim begeben, dort den bereits bestimmten in Aussicht genommenen Besuch des Herrn Erzherzogs Albrecht erhalten und später, wie im vergangenen Jahre, auf der Rückreise nach Warschau mit Kaiser Franz Joseph zusammentreffen.

[Deutscher Juristentag.] Derselbe findet in Salzburg am 28., 29. und 30. August d. J. (Begrüßungsabend am 27.) statt. Gegenstand der Tagesordnung sind für die Abtheilungen I. und II.: 1) Ist es wünschenswert, in einem gemeinsamen bürgerlichen Gesetzbuch für Deutschland neben dem einheitlichen System des ehelichen Güterrechts noch subsidiäre Systeme für die Privat-Autonomie aufzustellen? 2) Soll der Erbschaftserwerb im gemeinen bürgerlichen Gesetzbuch für Deutschland ipso jure stattfinden? III. 1) Frage wegen der Entscheidungspflicht des Staates in Untersuchungen. 2) Soll der Spruch der Geschworenen wegen falscher Rechtsbelehrung des Präsidenten angefochten werden können? und wie? 3) Soll im Falle der Begünstigung von Gläubigern zwischen der Zahlungseinstellung und der Concurs-Eröffnung eine Strafbarkeit des Creditors, bezw. des begünstigten Gläubigers eintreten? 4) Vollendeter Versuch und thätige Reue. IV. 1) Durch welche Einrichtungen läßt sich das gerichtliche Hinterlegungsverfahren zweckmäßig erleichtern? 2) Wie ist die Zulässigkeit der Klage-Aenderung in der deutschen Civilproceß-Ordnung sachgemäß zu bestimmen? 3) Soll unter den Voraussetzungen des Entwurfs der deutschen Civilproceß-Ordnung die Revision gegen dasa conformes zulässig sein?

[Die Angelegenheit des deutschen Schiffes „Anna“] wird, wie unter dem 3. Mai aus China gemeldet wird, wahrscheinlich auf friedlichem Wege geschlichtet werden.

[M. A. r. i. n. e.] S. M. Rkt. „Comet“ hat am 3. Juni c., Nachmittags, Vissabon verlassen, anfernte am 5. Juni auf der Rhede von Gibraltar und beabsichtigte am 6. Juni die Reise fortzusetzen.

Posen, 14. Juni. [Amtsentsetzungs-Verfahren.] Die „N. Z.“ meldet: Gegen den Decan Rejniewski aus Jaroschin ist

vom Gerichtshof für geistliche Angelegenheit das Verfahren auf Amts-entsetzung eingeleitet worden. In dieser Sache sind der Bürgermeister Goldring aus Jaroschin, der Kirchendiener Zaborowski und der ehemalige Executor Weigel von dort auf den 16. d. M. zu einem Termine vor das Kreisgericht in Pleschen vorgeladen worden, um Zeugenaussagen zu machen.

Braunschweig, 14. Juni. [Steckbrief.] Hinter Dr. jur. Gustav Rasch ist Seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Steckbrief erlassen, weil er dem ihm zugetheilten Strafantrittsbefehl vom 11. v. M. keine Folge geleistet hat.

Köln, 14. Juni. [Zu den Wahlen.] Dem Vernehmen nach hat das Wahlcomité der Fortschrittspartei Herrn Ober-Bürgermeister Dr. Becker als Candidaten für den Wahlkreis Remscheid-Solingen an Stelle des zur national-liberalen Partei übergetretenen Abgeordneten Klöppel in Aussicht genommen.

Dresden, 13. Juni. [Für die heutige Sitzung der zweiten Kammer] stand als erster Gegenstand auf der Tagesordnung: die Interpellation des Abg. Lehmann und Genossen, das Verbot der Leichenverbrennung betreffend.

Abg. Lehmann: Er verleihe darauf, näher auf die Frage der Leichenverbrennung einzugehen, glaube aber, daß sich ihr gegenüber die Regierung unseres Vaterlandes gerade in dem gegenwärtigen Zeitpunkte nicht stillschweigend verhalten sollte.

Staatsminister von Rostiz-Wallwitz erklärt, daß er in der nächsten Sitzung die Interpellation beantworten werde.

Dresden, 14. Juni. [Sämmtliche Dissidenten Sachsens] werden aufgefördert, am 30. Juli hier zu einem Congress zusammenzutreten und einen Verband zu bilden.

Dresden, 15. Juni. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] gab der Minister des Innern, v. Rostiz-Wallwitz, in Beantwortung einer an ihn gerichteten bezüglichen Interpellation, die Erklärung ab, daß die Einführung der Leichenverbrennung, auch der facultativen, ohne eine vorherige Revision und Ergänzung der bestehenden Gesetzgebung unthunlich sei, die Regierung aber nicht beabsichtige, dem Landtage noch weitere legislativische Vorlagen zu machen.

Leipzig, 15. Juni. [Heinrich Wuttke.] Wieder ist unsere Universität von einem Todesfalle betroffen worden. Gestern ist der Professor der historischen Hilfswissenschaften Dr. Heinrich Wuttke in Folge eines Hirn Schlag verstorben. Da er die Osterferien und einen Urlaub zu einer Cur in Ragaz benutzt hatte, war er erst am Sonnabend hierher zurückgekehrt und hatte am gestrigen Vormittag seine Vorlesungen über Quellenkunde munter und frisch begonnen.

Kassel, 14. Juni. [Regierungspartei.] Der „West-Ztg.“ schreibt man: Hier und in Frankfurt spricht man von der Neubildung einer Bismarck'schen Regierungspartei, zu der sich eine große Zahl von Conservativen bekennt.

Mainz, 14. Juni. [Eröffnung.] Die hier factisch zur Einführung gekommenen gemeinsamen Schulen durch Vertreibung der Schulkinder nach Bezirken sollte auch hier nicht ohne die übliche ultramontane Comödie abgehen. Die „Englischen Fräulein“ fanden es nämlich für gerathen (nachdem dem Gesetze entsprechend ihre fernere Verwendung im Schuldienste von der Regierung nicht genehmigt worden war), die Einräumung der nöthigen Localen in dem seither von ihnen benützten Gebäude zu verweigern.

München, 14. Juni. [Die feierliche Eröffnung der deutschen Kunst- und Kunstgewerblichen Ausstellung] hat heute Vormittags programmgemäß stattgefunden. Um 9 Uhr wurde in der Basilika ein feierliches Hochamt abgehalten, welchem die Reichsräthe Frhr. v. Schrenk und v. Frankenstein, die beiden Präsidenten der Kammer und eine größere Anzahl der Abgeordneten beiwohnten.

Nach der von dem Orchester vorgebrachten Festhymne ergriß der erste Präsident des Ausstellungs-Comité's von Müller das Wort, verbreitete sich über die gegenwärtige Ausstellung, gedachte dankbar aller Sener, die bereitwillig ihre Kunstschätze zur Ausstellung gelandt und bat sodann Se. königliche Hoheit den Prinzen Euitpold, die Ausstellung zu eröffnen, welchem Ersuchen dieser auch sofort nach einigen einleitenden Worten nachkam.





